

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Giftige Chemikalien aus der industriellen Landwirtschaft töten Bienen. Das muss sich ändern! Foto: Photografiero

RUMÄNIEN / UMWELT

Ein vorläufiger Sieg gegen Pestizide

Seit vielen Jahren moderiere ich «Le Génie des Alpagnes», eine wöchentliche Sendung auf Radio Zinzine¹, die sich mit ländlichen und ökologischen Fragen und Kämpfen befasst. Leider kommt es nur selten vor, dass wir über Erfolge berichten können. Doch kürzlich durften wir einen grossen, aber leider noch nicht endgültigen Sieg aus Rumänien feiern – in einer Direktschaltung mit Ramona Duminićiu.

Der entschlossene und mutige Kampf gegen gefährliche Pestizide zeigt endlich Wirkung. Seit zwölf Jahren hat das Landwirtschaftsministerium Ausnahmeregelungen für in der EU verbotene Pestizide gewährt und damit grossen landwirtschaftlichen Betrieben ermöglicht, diese auf riesigen Ackerflächen auszubringen. Wir kennen Ramona Duminićiu seit über zwanzig Jahren, zunächst als Aktivistin gegen genveränderte Organismen (GVO) und später als Mitglied des Vereins Eco Ruralis, der traditionelle und biologische Landwirt:innen vertritt. Heute ist sie die Vorsitzende dieser Initiative. Im Januar 2025 beschlossen Eco Ruralis und Romapis, ein Dachverband rumänischer Imker-Vereine, dass es endlich Zeit sei, zu reagieren, da das Ministerium gerade diese Ausnahmegenehmigungen für die nächste Saison verlängert

hatte. Es geht dabei um Saatgut, vor allem von Sonnenblumen und Mais, das mit drei seit 2018 in der EU verbotenen Neonicotinoiden beschichtet ist. Das ist keine Kleinigkeit, denn nicht weniger als drei Millionen Hektar² sollten mit diesem giftigen Saatgut ausgesät werden. Die beiden Verbände haben daher Klage gegen diese Ausnahmegenehmigungen eingereicht. Dabei verfolgen sie einen doppelten Ansatz: Zunächst legten sie Rekurs ein, um die im Dezember 2024 angekündigten Ausnahmegenehmigungen auszusetzen, und parallel dazu strengten sie ein Verfahren an, mit dem Ziel, diese endgültig abzuschaffen. Das Europäische Bürger:innen Forum hat für dieses juristische Vorgehen einen finanziellen Beitrag geleistet, indem es Eco Ruralis bei der Bezahlung des Anwalts und der Deckung weiterer Gerichtskosten unterstützt hat.

Sofort bildete sich eine unheilvolle Allianz aus dem Landwirtschaftsministerium, mehreren Vereinigungen grosser landwirtschaftlicher Betriebe³ und zwei Chemieunternehmen, Alcedo und Alchimex. Sie diffamierten und bedrohten die beiden Verbände, die angeblich nicht in der Lage seien, diese grossen landwirtschaftlichen Fragen zu verstehen oder zu behandeln. Sie liessen verlauten, dass die Ernährungssicherheit des Landes auf dem Spiel stünde, während im Gegensatz dazu das Umwelt- und das Gesundheitsministerium ihre Unterstützung für die Demarchen der beiden Vereine bekundeten.

Das Urteil des Berufungsgerichts von Cluj fiel am 18. März dieses Jahres: Aussetzung der Ausnahmegenehmigungen – ein erster grosser Sieg. Die Pestizidbefürworter legten sofort Berufung gegen diese Entscheidung ein und beantragten in einem seltenen und überraschenden Schritt beim Obersten Kassationsgericht die Aussetzung der Aussetzung. Dieser Eilantrag wurde am 29. April geprüft, das Gericht bestätigte jedoch die Aussetzung: Die Neonicotinoide bleiben somit verboten, ohne dass Ausnahmegenehmigungen möglich sind. Bis zur Prüfung der Berufung des Landwirtschaftsministeriums und seiner Verbündeten⁴ steht bereits fest, dass die grossen Agrarunternehmen das von ihnen erworbene beschichtete Saatgut nicht mehr verwenden können, was die Pestizidbefürworter in Landwirtschaft und Industrie noch wütender macht. Eco Ruralis und Romapis sind kleine Verbände und besorgt über den aggressiven Druck dieser mächtigen Akteure.

KOMMENTAR ZUR WAHL

Seit den November-Wahlen 2024 ist das rumänische Parlament gespalten, und die Parteien sind weithin orientierungslos. Die formell sozialdemokratische PSD könnte in einen linken und einen nationalistischen Flügel zerfallen. Die Mai-Wahl von Nicușor Dan zum Präsidenten ist jedoch mehr als das berühmte blaue Auge. Ein Sieg des Hooligans George Simion wäre eine Katastrophe gewesen: Er hätte den Scharlatan Călin Georgescu zum Premier ernannt und die PSD wäre zur Königsmacherin einer ultrarechten Regierung geworden. Die Wahlbeteiligung der Stadtbevölkerung und der ungarischen Minderheit konnte dieses Szenario vorerst verhindern. Es braucht aber mehr. Ohne Parteien, die den Menschen in Stadt, Land und Diaspora Antworten auf soziale Fragen anbieten, wird bei Neuwahlen den Rechtsextremen der Sieg sicher sein.

Jochen Cotaru, EBF-Rumänien

Sie geniessen jedoch die Unterstützung einer grossen Mehrheit der rumänischen Bevölkerung. Im vergangenen April ergab eine Umfrage, dass 89 Prozent der Bürgerinnen Lebensmittel ablehnen, die mit Pestiziden hergestellt werden. Ausserdem sprechen sie sich gegen den Einsatz von Pestiziden aus, die von der EU verboten sind.

In ihrer Erklärung vom 30. April stellen Eco Ruralis und Romapis klar: «Es gibt Alternativen, und es ist Zeit für einen Wandel. Es ist wichtig zu verstehen, dass dieses Verbot nicht das Ende bedeutet, sondern eine Chance für die rumänische Landwirtschaft. Es gibt legale Mittel auf dem Markt zur Schädlingsbekämpfung, die sich in anderen Mitgliedsstaaten als wirksam und nachhaltig erwiesen haben. Diese Mittel müssen nur von den grossen Betrieben verstanden, gefördert und übernommen werden, wie dies in der übrigen EU der Fall ist. Grosse Landwirte und Landwirtinnen haben noch die Möglichkeit, auf unbehandeltes Saatgut oder weniger schädlinganfällige Kulturen umzustellen, und der

Staat muss eine aktive Rolle spielen, indem er den Übergang durch Information, Subventionen und öffentliche Forschung unterstützt. Es geht um eine kollektive Verantwortung für ein sicheres, qualitativ hochwertiges, legales und nachhaltiges Lebensmittelsystem. Die Bürgerinnen und die Justiz senden eine klare Botschaft aus: Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und Biodiversität sind Prioritäten und keine Verhandlungsobjekte der Politik. Die politischen Parteien müssen diesen Erwartungen gerecht werden. Die Stimme der Bürgerinnen muss zählen, insbesondere wenn die Justiz bestätigt, was die Menschen laut und deutlich sagen: Rumänien will keine gefährlichen Pestizide, die in der Europäischen Union verboten sind.»

Nicholas Bell, FCE, Radio Zinzine

1. Regionaler unkommerzieller Radiosender in Südfrankreich
2. Rumänien verfügt über insgesamt 10 Millionen Hektar Ackerland.
3. Mitglieder der «Europäischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Verbände», Copa-Cogeca
4. Der Termin ist noch unbekannt.

LANDWIRTSCHAFT/WIDERSTAND

500 Jahre Bauernkriege

Vor 500 Jahren fand die wohl grösste Massenerhebung in Europa für eine gerechtere Gesellschaftsordnung statt, die als «Bauernkrieg» in den Geschichtsbüchern steht. Die bäuerliche Bevölkerung trug damals die Hauptlast zur Aufrechterhaltung der Feudalgesellschaft. Ist die aktuelle Ausbeutung der Natur und die Bedrängung indigener Gruppen eine globale Fortsetzung der Ereignisse vor 500 Jahren? 1. Teil

Auch heute wehren sich in vielen Ländern Menschen gegen Landraub und Ausbeutung. Ein Grund mehr, sich die Geschichte der Bauernkriege in Erinnerung zu rufen. Der deutsche Bauernkrieg, der vor 500 Jahren stattfand, war der grösste Volksaufstand in Westeuropa vor der Französischen Revolution. Wie ein Lauffeuer verbreitete er sich von Südwestdeutschland über Württemberg, Schwaben, das Allgäu, Franken, Thüringen und Sachsen bis ins Elsass im heutigen Frankreich, nach Tirol, Salzburg, die Steiermark und in die Schweiz. Er wanderte die Täler entlang von einer Region zur anderen und brach unerwartet in weit entfernten Gebieten aus. Überall erhoben sich Bauern und Bäuerinnen gegen Adel und Klerus. Auf dem Höhepunkt des Bauernkriegs hatten sich über hunderttausend Menschen mit den Aufständischen verbündet.

Die Bauernkriege übten bereits auf viele Generationen davor grosse Faszination aus.

Denn es handelte sich um eine Revolte, deren uneingelöste Forderungen über Jahrhunderte weitergetragen wurden. Die Niederschlagung des Aufstandes sowie die weitere Unterdrückung der Bauernschaft gelten heute als Voraussetzung für die Etablierung des modernen Kapitalismus. Haben die Bauernkriege tatsächlich etwas mit der heutigen Sozialstruktur und mit der heutigen Landwirtschaft zu tun? Und wenn ja, könnten wir aus ihnen etwas lernen? Ich stelle diese Frage an Lisa Francesca Rail, Kultur- und Sozialanthropologin. Sie beschäftigt sich mit den Bauernkriegen von 1525 aus der Perspektive aktueller landwirtschaftspolitischer Debatten und forscht zur österreichischen Almwirtschaft und zu Eigentumstheorien, unter anderem in Kirgisistan.

Rail: «Das ist eine durchaus berechtigte Frage, denn auf den ersten Blick erscheinen die Bauernkriege ja sehr weit weg von der Landwirtschaft und der Ernährungspolitik

unserer Gegenwart zu sein. Nur um ein paar Beispiele zu nennen: 1525 ist ein Grossteil der Bevölkerung Europas in der Landwirtschaft tätig, wohingegen es heute nur ein paar Prozent sind. 1525 herrschen feudale Abhängigkeitsverhältnisse, das heisst, die bäuerliche Bevölkerung ist an Grundherren, Adel und Landesfürsten gebunden, wohingegen wir heute in liberalen Demokratien leben. Ich denke besonders spannend wird es aber, wenn wir uns auf die Anliegen der aufstehenden Bauern konzentrieren und uns fragen, wogegen diese 1525 gekämpft und sich zur Wehr gesetzt haben. Ich denke, es lässt sich zusammenfassen, indem es einerseits um Kämpfe gegen Abhängigkeit und politische Unterdrückung ging, und andererseits um Kämpfe gegen Ausbeutung, das heisst gegen den Entzug von Lebensgrundlagen. Einerseits waren das auch Aufstände gegen die zu jener Zeit erhöhten Abgaben, aber auch gegen den Entzug von Wald und anderen Ressourcen, die damals wesentlich beschränkt wurden. Kurz gesagt wollten die aufständischen Bauern und Bäuerinnen ein selbstbestimmteres Leben, sie wollten vom Land und ihrer Arbeit leben können.»

Beim grossen Bauernkrieg vor 500 Jahren war die Vertreibung der Bauern und Bäuerinnen von ihren kollektiv genutzten Weiden und Wäldern, den so genannten Allmenden, ein Schlüsselement. Zudem war die Fron- und Abgabenlast, mit der etwa die Habsburger zu jener Zeit die Türkenkriege finanzierten, enorm. Trotz seines gewaltigen Ausmasses sind der Bauernkrieg und seine blutige Niederschlagung heute beinahe in Vergessenheit geraten. Im Zentrum des Interesses stehen eher Luther und die Reformation – den

Bauernkrieg betrachtete man lange Zeit als Nebenschauplatz.

Freiheit und Menschenrechte

Franziskus Forster, Politikwissenschaftler und Lektor an der Universität für Bodenkultur in Wien: «Für uns als berg- und kleinbäuerliche Organisation, als ÖBV-Via Campesina Austria, ist es wichtig, sich an diese Geschichte zu erinnern, weil sich da ganz Gewaltiges, ganz Erstaunliches, sehr Bedeutsames zugetragen hat vor 500 Jahren. Wenn wir zum Beispiel an die zwölf Artikel von Memmingen denken, die 1525 in die Welt getragen worden sind und die die Grundlage für den Widerstand waren, denken. Das war eine der ersten Niederschriften von Freiheits- und Menschenrechten. Wenn wir die heute anschauen, wenn wir die heute lesen und uns vergegenwärtigen, dann hat das für uns, für unsere Bauern und Bäuerinnen eine ganz grosse Bedeutung, um daraus zu lernen, um die Geschichte um uns und das, was heute so geworden ist, zu verstehen, und auch mit anderen Augen zu sehen.»

Franziskus Forster arbeitet, neben seiner universitären Verantwortung, bei der Österreichischen Berg- und Kleinbauernvereinigung ÖBV – Via Campesina. Dort gibt er die Zeitschrift «Bäuerliche Zukunft» heraus, deren aktuelle Ausgabe sich ebenfalls dem Thema 500 Jahre Bauernkriege widmet. Die erwähnten «Zwölf Artikel» wurden im März 1525 in der oberschwäbischen Stadt Memmingen verfasst. Sie gelten als politisches Manifest, Beschwerdeschrift und Reform-

programm. In ihnen wurden die Forderungen niedergeschrieben, die die Bauern gegenüber dem Schwäbischen Bund erhoben, also gegenüber den Vertretern von Adel und Klerus. Das Manifest erschien in 25 Druckausgaben mit insgesamt ca. 25 Tausend Exemplaren, die sich rasch verbreiteten. Ein Medienereignis nach der Erfindung des Buchdrucks. Fast alle Aufständischen bezogen sich auf diese Flugschrift, die in der Historiographie des Bauernkrieges eine zentrale Rolle spielt.

Forster: «Und ganz wichtig ist eben auch, diese Geschichte nicht als eine Geschichte der Herrschenden zu betrachten, sondern als eine Geschichte von unten. Als eine Geschichte von Bewegungen, die sich vor uns dafür eingesetzt haben, dass es ein besseres Leben gibt, dass es gerechter zugeht in unserer Gesellschaft. Und da war vor 500 Jahren ein ganz wichtiger Prozess im Gange, der womöglich bis heute wirkt.» Die «Zwölf Artikel» von Memmingen enthielten unter anderem die Forderung, dass jede Gemeinde das Recht haben solle, ihren Pfarrer selbst zu wählen und ihn gegebenenfalls auch wieder abzusetzen. Alle Wälder sowie Wiesen und Äcker, die Gemeindeland waren, sollten an die Bauern zurückgegeben werden, damit sie ihren Bedarf an Bau- und Brennholz decken könnten. Ausserdem wurden die Frondienste in Frage gestellt und die Abschaffung der Leibeigenschaft gefordert.

Florian Hurtig ist Sachbuchautor und Bauer in einer solidarischen Landwirtschaft, also einem Zusammenschluss von Produzent:innen und Konsument:innen im Dorf Alfter bei

Bonn. In seinem demnächst erscheinenden Buch über die Bauernkriege geht er ausführlich auf die damaligen Ereignisse und ihre Bedeutung für die heutige Zeit ein: «Das hat schon im Sommer 1524 angefangen, und zwar im Bodensee-Bereich, im Hegau und Klettgau. Es gibt die Geschichte, dass die Gräfin von Lupfen ihre Bäuerinnen und Bauern zur Erntezeit losgeschickt hat, Schneckenhäuser zu sammeln, weil sie die gebraucht hätte, um dort Garn aufzuwickeln, und dass die Bauern deshalb ihre Ernte nicht einholen konnten, und das der Auslöser war. Das ist wohl eine Anekdote, die erzählt man sich immer wieder. Das war so der Ort und die Zeit, wo's losging. Da hat sich's dann ausgebreitet ins Württembergische und Badische Gebiet und im März 1525 hat sich's in alle Richtungen ausgebreitet, in Bayern, im heutigen Frankreich, im Elsass. Die Hochphase in Österreich war etwas später, dort hat es sich auch etwas länger gehalten, bis 1526, da waren die Bergknappen auch mit dabei, und im Norden bis Hessen und Thüringen.»

Geschichte wird gemacht

Der Bauernkrieg kann nicht getrennt betrachtet werden vom Wirken Martin Luthers. Wenige Jahre zuvor hatte er sich auf dem Reichstag zu Worms Kaiser Karl V. und den Reichsständen widersetzt, indem er sich weigerte, seine 95 Thesen zu widerrufen. Doch bald scharten sich die Landesfürsten und die frühkapitalistischen Städte um ihn, denn mit der neuen Glaubensrichtung sahen sie ihre Chance gekommen – ihre aufsteigende Macht



Käthe Kollwitz: Die Gefangenen, Blatt 7 aus dem Zyklus »Bauernkrieg«, 1908

wollten sie sich von den revoltierenden Bauern nicht nehmen lassen. Luther machte aus seiner Haltung sogar einen Glaubensspruch, der bis heute fortwirkt: «Wirklich frei ist nur der innere Mensch», schrieb er, «der äussere aber bleibt der Obrigkeit unterworfen». Sein berühmter Gegenspieler Thomas Müntzer, der sich als Prediger an die Spitze der Bauernheere stellte, sah das anders. Und so öffnete sich damals ein Möglichkeitsfenster für umfassende soziale Gerechtigkeit, wie Franziskus Forster von der Kleinbauernvereinigung ÖBV betont: «Wichtig ist eben auch immer, Geschichte als etwas zu begreifen, wo man dann auch sieht: Es kann auch anders gehen, es kann anders sein. Es gibt immer Alternativen, es gab immer Alternativen, Geschichte wird gemacht. Und natürlich: Die Bauernkriege und auch viele andere Bewegungen vor uns, das sind oft auch Geschichten der Niederlagen, der Rückschläge. Aber man kann das eben auch so begreifen, zu schauen, was gibt es Uneingelöstes, welche Alternativen sind schon bereitgelegt, welche Alternativen gibt's und was können wir uns für unsere bäuerliche Zukunft da auch mitnehmen.»

Der Grundstein für die ungleiche Verteilung von Land in Europa wurde im späten Mittelalter gelegt. Nach der Niederschlagung der Bauernrevolten setzte sich im 16. Jahrhundert mit der Kolonisierung der so genannten Neuen Welt der Landraub dann in Übersee fort. Die italienisch-amerikanische Histo-

rikerin Silvia Federici hat in ihren Werken stets auf den Zusammenhang zwischen dem Raub der Allmenden in Europa und den kolonialen Raubzügen hingewiesen. Ihr berühmtestes Werk «Caliban und die Hexe» wurde vor allem in feministischen Debatten breit rezipiert. Nicht zufällig entwickelte sich in der frühen Neuzeit auch die moderne Wissenschaft mit ihrem mechanisch-rationalistischen Weltbild. René Descartes und Francis Bacon gelten heute, wenn man es so betrachtet, als diejenigen Philosophen, die im 16. und 17. Jahrhundert der Trennung von Natur und Mensch und letztendlich auch der Unterdrückung der vermeintlich primitiven Bauern und Kolonisierten Legitimität verschafften. Franziskus Forster erinnert an die Kontinuität dieses Denkens bis in die heutige Zeit: «Es ist eben aus unserer Sicht auch wichtig, zu fragen, welche Mechanismen vor 500 Jahren und möglicherweise auch heute noch dafür sorgen, dass die Bauern und Bäuerinnen nicht genug zum Leben haben, dass es weiterhin, auch aus einer globalen Perspektive, Unterdrückung und Ausbeutung gibt, dass es eine Landwirtschaft gibt, die nach wie vor nicht in der Lage ist, alle Menschen auf dieser Welt zu ernähren. Oder auch zu verstehen: Warum ist das Land so ungleich verteilt, wie ist das entstanden? Da muss man tatsächlich sehr weit – etwa 500 Jahre – zurückgehen, um das näher zu verstehen.»

Die Ungleichverteilung von Land beschäf-

tigte auch Karl Marx in seinem Hauptwerk «das Kapital». Im berühmten 24. Kapitel des ersten Bandes geht es um die so genannte ursprüngliche Akkumulation, die Marx als den «historischen Scheidungsprozess von Produzent und Produktionsmittel» beschreibt. Dieser setzt zu Beginn der Neuzeit ein und bildet laut Marx «die Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise.» Im Mittelalter hatte die bäuerliche Bevölkerung entgegen der oft vorherrschenden Annahme hingegen mehr ökonomische und soziale Spielräume, wie Florian Hurtig betont: «Um die Allmenden herum hat sich eine ganze Dorfgemeinschaft organisiert, die relativ selbstständig agieren konnte. Und gerade die gemeinsame Organisation auf den Allmenden hat dazu geführt, dass es ein kollektives Bewusstsein gab und eine kollektive Organisation: Wer treibt wann die Tiere in den Wald, wer nutzt wann die Weiden, wer nutzt die Rinde der Eichen für die Gerberei, und dadurch ist eine kollektive Dorfgemeinschaft entstanden, die dann dazu geführt hat oder dazu führen konnte, dass man sich dann auch so massenhaft erhebt, weil eine kollektive Organisation schon eingeübt war.»

Alexander Behr

Dieser Artikel ist der 1. Teil der Transkription einer Radiosendung von Alexander Behr (EBF-Österreich) mit dem Titel «500 Jahre Bauernkriege – Widerstand gegen Landraub und Ausbeutung» in der Reihe «Dimensionen». Die Sendung wurde am 15.04.2025 im österreichischen Rundfunk auf Ö1 ausgestrahlt.

Randa Maddah
Light Horizon
2012

SYRIEN

In Zeiten der Machtkonsolidierung

Dieser Artikel ist das Ergebnis eines Aufenthalts in Syrien von November 2024 bis Februar 2025 während und kurz nach dem Sturz des Regimes al Assads. Er wurde von unserem Freund Félix Legrand vor Ort verfasst. Im ersten Teil berichtete er über den Werdegang der islamistischen Miliz «Hai'at Tahrir asch-Scham» (HTS) bis zur Machtergreifung. Im folgenden zweiten Teil beleuchtet er den schwierigen Übergangsprozess. 2. Teil

Der neue Regierungschef Ahmed al-Charaa der HTS befindet sich seit dem 8. Dezember 2024 in einer paradoxen Situation, in der seine Autorität sowohl innerhalb des Landes als auch ausserhalb unbestritten zu sein scheint, er sich aber gleichzeitig in einer besonders fragilen Position befindet, inmitten eines extrem fragmentierten und polarisierten politischen Umfelds. Er hält sich an der Macht dank eines Sieges, von dem er glaubt, er allein sei der Architekt, nach der von seinen Anhänger innen oft verwendeten Formel: «Wer befreit, entscheidet» (min iharer iqarer), wobei er beinahe vergisst, dass die-

ser Sieg nur durch erhebliche Zugeständnisse seinerseits zustande kam. Denn nur so war es ihm gelungen, genügend Verbündete für die siegreiche Endoffensive zu finden.

Darüber hinaus steht das Land weiterhin unter dem Einfluss zahlreicher Fraktionen, von denen einige an der Befreiung des Landes beteiligt waren und die ihre Bedingungen stellen, bevor sie einer Entwaffnung und Auflösung ihrer Strukturen zustimmen.

Auf schmalem Grat

Al-Charaa bewegt sich also auf einem Grat zwischen denen, die sich einer islamistischen,

ausschliesslich sunnitischen und autoritären Herrschaft über den Staat widersetzen, und denen, die sich im Gegenteil durch die politischen Kehrtwendungen der HTS und die Abkehr vom Islamismus verraten fühlen. Zwar wurden die von vielen erwarteten Übergriffe während der Kämpfe bis zum 8. Dezember 2024 weitgehend vermieden, doch tauchen sie nun in den alawitischen Regionen an der Küste und in Homs in beunruhigender Weise auf. Oft autonom agierende und manchmal aus ausländischen Kämpfern bestehende Gruppierungen übernehmen auf chaotische Weise die Säuberung und Entwaffnung ehemaliger Regime-Mitglieder, und das, ohne dass ein Plan für eine Übergangsjustiz existieren würde. Während die neue Regierung bei einigen hochsymbolischen Themen – wie dem Entfernen der Flagge der «Schahada» (islamisches Glaubensbekenntnis) aus offiziellen Darstellungen und den angekündigten Änderungen der Lehrpläne – schnell nachgab, weicht sie bei anderen besonders wichtigen Themen nicht zurück – wie der Beibehaltung eines Justizministers, der während des Konflikts öffentliche Hinrichtungen und körperliche Strafen praktiziert hatte, oder der Ernennung ausländischer Kämpfer zu Offizieren der neuen Armee.



Hinzu kommt der Druck islamistischer Kreise, die sich betrogen fühlen und die Islamisierung von Staat und Gesellschaft sowie die Anwendung der Scharia beschleunigen wollen. Offensichtlich vergrößert sich der politische Spielraum seiner islamistischen Gegner umso mehr, je mehr Ahmed al-Charaa Zugeständnisse gegenüber der anderen Seite macht und seine politische Neuausrichtung fortsetzt. Seit dem 8. Dezember 2024 sieht er sich einem starken Druck seiner Basis ausgesetzt, welche die Freilassung der Gefangenen in Idlib fordert. Diese Forderungen stützen sich auf die folgende Tatsache: Während die Gefängnisse praktisch in ganz Syrien geöffnet wurden und die neue Macht eine umfassende Amnestie für die Militärs des alten Regimes verkündete, blieben die Gefangenen von Idlib weiterhin inhaftiert. Diese stammen oft aus konkurrierenden salafistischen und dschihadistischen Kreisen und hatten sich aber auch für die Eröffnung einer Front gegen Damaskus eingesetzt.

Neoliberal und autoritär?

Von wesentlicher Bedeutung für die allererste Phase des Übergangs ist natürlich die Gewährleistung der Sicherheit der Minderheiten – besonders in einem Land, in dem schwere Übergriffe stattgefunden haben

mehr nachgewiesen werden müssen¹. Angesichts der in Idlib unter der HTS getroffenen Massnahmen ist es sehr wahrscheinlich, dass Syrien in eine Phase der wirtschaftlichen Liberalisierung eintritt, in der die Rolle des öffentlichen Sektors zugunsten des privaten Sektors und der NGOs reduziert wird. Es herrscht grosse Unsicherheit über das Schicksal der zahlreichen Beamten und Beamtinnen, die bis zur Klärung der Situation ohne Gehalt beurlaubt wurden. Der Abbau der klientelistischen Netzwerke des alten Regimes scheint als Vorwand für eine Umverteilung der staatlichen Ressourcen und eine Entflechtung des öffentlichen Sektors zu dienen. Zudem gibt die Gefahr einer autoritären Machtkonsolidierung bereits Anlass zu grosser Besorgnis. Obwohl sie als Übergangslösung dargestellt wird, zeigt die Zusammensetzung der neuen Regierung den offensichtlichen Willen al-Charaas, die wesentlichen Hebel der Macht zu fixieren, indem er sich auf einen engen Kreis von Getreuen stützt. Die Spitzen der HTS monopolisieren die strategischen Positionen, während die alte Verwaltung entweder aufgelöst oder ihr eine HTS-treue Parallelstruktur nach dem Vorbild von Idlib zur Seite gestellt wird. Die der HTS direkt unterstellte «Verwaltung der befreiten Gebiete» (Idara al-Manateq al-Muharrara) existierte in Idlib

trauen gegenüber der neuen Regierung und die Angst vor einem Übergangsprozess, der mit der Konsolidierung einer autoritären Macht enden könnte.

Vorläufiges Fazit

Die wachsende Einflussnahme der HTS auf den syrischen Staatsapparat stösst selbst in revolutionären Kreisen auf Widerstand, wo bereits über eine «Korrekturbewegung» (Haraka Tas'hihiya) von Ahmed al-Charaa, in Anlehnung an die autoritäre Neuausrichtung von Hafez al-Assad im Jahr 1970, die Rede ist. Der schaltete dazumal zwar seine politischen Konkurrenten aus, verfolgte aber auch eine pragmatische Politik, die sich von den ursprünglichen Idealen der Baath-Partei entfernte. Es ist offensichtlich, dass die neue Macht in keiner Weise mit der Diktatur des vorherigen Regimes vergleichbar ist, dessen Sturz zweifellos ein Fortschritt ist. Dennoch ist diese Referenz nicht völlig unbegründet, da für die HTS die politische Neuausrichtung durch Pragmatismus mit einer autoritären Übernahme zusammenfällt, zunächst in Idlib und heute in gewissem Masse in ganz Syrien. Entscheidend wird jedoch die Fähigkeit der syrischen Gesellschaft sein, wie schon seit Beginn des Konflikts, sich selbst zu organisieren und wirksame Gegen-



sowie befürchtet werden und das nun von einer Gruppe regiert wird, deren Geschichte selbst von konfessioneller Gewalt geprägt ist. Und je weiter der Übergangsprozess voranschreitet, desto mehr rücken die Fragen des Autoritarismus, der Rechtsstaatlichkeit und der Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt. Auch wenn es noch zu früh ist, um eine echte Wirtschaftspolitik auszumachen, gibt es Hinweise in Richtung eines neoliberalen Übergangs, der bereits von Baschar al-Assad eingeleitet wurde und dessen Verbindungen zum Ausbruch des Aufstands im Jahr 2011 nicht

neben der eher technokratischen Verwaltung der «Regierung des Heils». Nach dem 8. Dezember 2024 ermöglichte eine Struktur, die unter dem Namen «Verwaltung für politische Angelegenheiten» (Idara al-shuun al-siassiya) bekannt ist, der HTS, die Kontrolle über den Staatsapparat auszuüben. Auch wenn die konkreten Auswirkungen davon bisher schwer zu messen sind, nähren einseitige Ernennungen, die damit gerechtfertigt werden, den Apparat von der Baath-Partei zu säubern, sowie die Aussicht auf eine strenge Massregelung des Vereinsrechts das Miss-

kräfte aufzubauen, die in der Lage sind, die in Übergangszeiten so häufigen autoritären Auswüchse einzudämmen und die Errungenschaften der Revolution zu bewahren. Es sind diese Gegenkräfte, welche der HTS die politische Linie der Revolutionäre von 2011 (teilweise) aufgezwungen haben und zu einer tiefgreifenden Transformation gedrängt haben, die für den Sieg notwendig war. Die Rückkehr zu nicht konfessionellen Slogans und Symbolen, welche die Einheit des Landes fördern sollen, kann daher als Rückkehr zu den revolutionären Grundlagen

nach fast einem Jahrzehnt konfessioneller Abweichungen angesehen werden.

Aber die politischen Errungenschaften der sogenannten «2011er-Linie» bleiben begrenzt und fragil. Die wenigen Versuche, lokale Räte wieder einzuführen, – die für die syrische Revolutionsbewegung charakteristischen Modelle der demokratischen Selbstorganisation –, bleiben angesichts der Kontrolle des Staatsapparats durch die HTS marginal.

Darüber hinaus scheint die politische Transformation der HTS zwar abgeschlossen zu sein, doch ein Teil der Führungskräfte und der Basis bleibt, wenn auch nicht unbedingt in einer salafistischen Ideologie, so doch zumindest in einem gewissen sunnitischen Suprematismus verhaftet. Offensichtlich, und wie die schwierigen Erfahrungen des Arabischen Frühlings gezeigt haben, ist der Sturz des Regimes al Assads nur eine Etappe des

revolutionären Prozesses, die zwar wichtig, aber unvollständig und zerbrechlich ist.

Félix Legrand, CAREP*, 19.02.2025

Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die Position des CAREP Paris wider.

*Centre arabe de recherches & d'études politiques (Arabisches Zentrum für politische Forschung und Studien), 12, rue Raymond Aron 75013 Paris, contact@carep-paris.org +33 (0)1 43 45 45 94
1. Anand Gopal, «The Arab Thermidor», Catalyst, No 2, Vol. 4, summer 2020.

SYRIEN

Ein Land auf der Kippe

Syrien ist ein vielfältiges, gesellschaftliches Mosaik. Bis zu zwanzig verschiedene ethnische und religiöse Gemeinschaften leben dort. Es gibt zwar keine verlässlichen Zahlen, aber es wird geschätzt, dass etwa 60 bis 65 Prozent der syrischen Bevölkerung sunnitische Araber* sind. Die restlichen 35 bis 40 Prozent sind Kurden, Alawiten, Drusen und Christen. 70 Jahre lang herrschte die Familie al-Assad über dieses bunte Völkergemisch mit nackter Repression, die sich ausnahmslos gegen alle Volksgruppen richtete.

Kürzlich feierten die Kurden eine Konferenz im Nordosten Syriens als seltenen Lichtblick im Kriegsgrauen des Nahen Ostens. Über 400 Vertreter:innen der wichtigsten kurdischen Parteien und Institutionen aus Syrien, der Türkei, dem Irak und dem Iran, aber auch unabhängige Persönlichkeiten aus der weltweiten kurdischen Diaspora hatten sich im Städtchen Qamişlo versammelt, um gemeinsam über die Zukunft der kurdischen Nationalbewegung zu beraten. In ihrer Abschlusserklärung stachen zwei Botschaften heraus: «Die Zeit für die kurdische Einheit ist jetzt», lautete die erste. Und: «Syrien muss ein dezentralisierter, demokratischer Staat sein, in dem die Rechte aller anderen Minderheiten in der Verfassung verankert sind».

Die Anwesenden in Qamişlo hatten allen Grund zum Feiern. Seit das kurdische Siedlungsgebiet nach dem Ersten Weltkrieg durch willkürlich gezogene Grenzen in vier Teile zerstückelt wurde, machten die kurdischen Führer vor allem mit ihrer legendären Zerstrittenheit von sich reden. Oft aus dem tiefen Wunsch nach Autonomie in «ihrem» Gebiet heraus, liessen sie sich für die Interessen anderer Mächte missbrauchen und auch in den Kampf gegen die Kurden der Nachbarländer einspannen. Verrat und diese Zerstrittenheit zogen sich wie ein roter Faden durch die kurdische Geschichte der letzten hundert Jahre. Aber in Qamişlo kamen erstmals 400 Kurdinnen und Kurden aus verschiedenen Ländern und Bewegungen zusammen – und das machte dieses Treffen einzigartig.

Zwei Männer haben die erste pan-kurdische Konferenz möglich gemacht: Zum einen Massud Barzani, der den kurdischen Teilstaat des Nordiraks wie ein traditioneller Stammesführer regiert und das Idol für kon-

servative Kurden ist. Zum anderen Mazlum Kobani, der im kurdisch dominierten Nordostsyrien, auch Rojava genannt, das Gesicht der ideologisch der PKK nahestehenden, säkulären, linken Bewegung verkörpert. Beide stehen für die zwei grossen Teile der kurdischen Nationalbewegung. Ermöglicht wurde die Konferenz schliesslich, weil in der Türkei die Friedensgespräche zwischen der Regierung Erdogan und dem PKK-Gründer Abdullah Öcalan fortgesetzt werden. Die Hoffnung auf Frieden in der Türkei hatte vorübergehend auch zu einer Entspannung in der Grenzregion mit dem kurdischen Nordosten geführt.

Unverhandelbare Positionen

Das einstimmig verabschiedete Abschlussdokument der Konferenz ging ausführlich auf die Staatsform des «neuen Syrien» ein. Syrien sollte demnach:

- Ein demokratisch regierter Staat sein, in dem die Gewaltenteilung und die Religionsfreiheit garantiert sind.
- Ein Staat, in dem die Rechte aller seiner religiösen und ethnischen Komponenten (Alawiten, Drusen, Kurden und christliche Minderheiten) in der Verfassung verankert sind.
- Die Gleichstellung der Geschlechter gewährleistet ist.
- Das Recht auf Bildung in der Muttersprache für alle Minderheiten garantiert wird.
- In diesem «dezentralen Staat» sollen schliesslich die kurdischen Regionen unter einem föderalen syrischen Dach als integrierte politische administrative Einheit zusammengefasst sein.

Dieses Dokument, als «gemeinsame politische Vision» der Kurden bezeichnet, sollte die Grundlage für den Dialog mit Damaskus bilden. Kulturelle und sprachliche Rechte aller Bevölkerungsgruppen, Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie ein dezentrales Regierungssystem seien allerdings «unverhandelbare Prinzipien», erklärte Ilham Ehmed, die faktische «Aussenministerin» Rojawas. Sie seien die unverhandelbaren «roten Linien» der Kurden.

Rote Linien von Damaskus

Die syrische Präsidentschaft verurteilte die «Föderalismusforderungen» aus Rojava prompt. «Wir lehnen jeden Versuch ab, eine Teilung zu erzwingen oder separatistische Kantone unter den Bedingungen des Föderalismus oder der Selbstautonomie, ohne einen nationalen Konsens zu schaffen», hiess es in einer Erklärung. Noch schärfer fiel die Reaktion aus Ankara aus. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan nannte die in Qamişlo geforderte föderale Struktur ein «Hirngespinnst, das in der syrischen Realität keinen Platz hat». Die Kurden sollten besser, «Entscheidungen treffen, die der Stabilität der Region dienen, anstatt Träumen nachzuhängen, die eine Bedrohung für die Region darstellen», sagte er weiter und drohte unverhohlen: Die territoriale Integrität Syriens sei für die Türkei «nicht verhandelbar».

Die Türkei steht den neuen Machthabern in Syrien besonders nah. Ohne die militärische Unterstützung der Türkei wäre die Blitzoffensive der dschihadistischen Bewegung Hay'at Tahrir al-Sham (HTS), die Anfang Dezember zum Sturz des langjährigen Regimes der Familie al-Assad führte, nicht möglich gewesen. Schon aus diesem Grund ist die Regierung in Ankara davon überzeugt, die Politik in Damaskus massgeblich mitbestimmen zu können.

Enttäuschte Hoffnungen

Eine lange Kette neu geweckter Hoffnungen, die aber immer wieder bitter enttäuscht wurden, haben das Land verunsichert. Ahmed Al-Shaara, der die Blitzoffensive von Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) nach Damaskus geführt hatte, wurde letzten Januar zum Übergangspräsidenten Syriens ernannt. Sein Versprechen damals, eine «inklusive Übergangsregierung zu bilden, welche die Vielfalt Syriens widerspiegelt», löste grosse Hoffnungen aus. Die Aussicht, ohne Angst vor Folter und Verfolgung leben zu können, versetzte das Land im vergangenen Dezember in eine Art Euphorie. Es sollte anders

kommen: Anfang März verübte ein wütender Mob dschihadistischer Extremisten Massaker an der alawitischen Minderheit in der Küstenregion von Latakia. Nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) starben mehr als 1500 Menschen – andere Organisationen sprechen sogar von 5000 Toten. Die meisten von ihnen waren Frauen, Kinder und ältere Menschen. Über 100.000 Alawiten sollen inzwischen in den Libanon geflüchtet sein. Die Forderung nach Aufklärung der Massaker wurde bislang nicht erfüllt.

Rezept für eine Ein-Mann-Herrschaft

Am 10. März 2025 unterzeichneten der syrische Präsident Al-Sharaa und der kurdische Oberkommandierende Mazlum Kobane ein bahnbrechendes Abkommen. Dieses sieht einen Waffenstillstand zwischen ihren Streitkräften, die Entmilitarisierung der Städte und das Recht der Vertriebenen auf Rückkehr in ihre Heimat vor. Das Abkommen garantiert gleiche kulturelle und politische Rechte für alle. Bis Ende des Jahres sollen die Streitkräfte von Rojava in die syrische Armee integriert werden. Mitte März legte Al-Sharaa einen Verfassungsentwurf vor, der dem Präsidenten nahezu uneingeschränkte Exekutivrechte einräumt. Gemäss dem aus 53 Artikeln bestehenden Dokument darf er faktisch alle Mitglieder der Legislative sowie alle sieben Mitglieder des Obersten Verfassungsgerichts ohne parlamentarische oder sonstige Kontrolle ernennen.

Der Verfassungsentwurf erklärte die islamische Rechtsprechung zur Hauptquelle der Gesetzgebung und legte die Dauer der Übergangsregierung auf fünf Jahre fest.

Al-Sharaas Versprechen, eine inklusive Regierung zu bilden, die die Vielfalt Syriens widerspiegelt, schien bereits in Vergessenheit geraten zu sein. Al-Sharaa hat die Minderheiten weder in Bezug auf die Verfassung konsultiert noch sie um ihre Meinung gefragt, als er Ende März sein neues Kabinett vorstellte. Enttäuscht lehnten Kurden, Drusen, Alawiten und Christen nacheinander das Diktat aus Damaskus ab. In der Verfassung von 2012 unter Bashar al-Assad komme das Wort «Demokratie» vier oder fünfmal vor – in der aktuellen hingegen kein einziges Mal, mokierte sich Mohammed A. Salih, Analytiker für regionale und kurdische Angelegenheiten, gegenüber dem unabhängigen türkischen Internetportal Bianet. Das Vertrauen zwischen der sunnitischen Mehrheit des Landes und den Minderheiten war innert vier Monaten offenbar ganz verspielt.

Neuer Gewaltausbruch

Am 29. April kam es in Jaramana und Sahnaja, beides hauptsächlich von Drusen besiedelte Vororte von Damaskus, zu gewaltsamen Zusammenstössen zwischen den sunnitischen Truppen von al-Sharaa und lokalen drusischen Kämpfern. Eine kurzzeitig im Internet aufgetauchte Tonaufnahme, die angeblich Beleidigungen des Propheten Mohammed

enthielt, wurde dem prominenten drusischen Geistlichen Scheich Marwan Kiwan zugeschrieben – was dieser jedoch «kategorisch und entschieden» zurückwies. Dennoch mobilisierte der Clip regierungsnahe Kräfte, die sich am späten Abend in Jaramana und Sahnaja heftige Gefechte mit drusischen Kämpfern lieferten. Mindestens 18 Menschen kamen ums Leben und Dutzende wurden verletzt. Israel hat am Tag darauf erneut mehrere Luftangriffe gegen Syrien geflogen – diesmal angeblich zum Schutz der Drusen. Denn seit dem Machtwechsel in Damaskus hat sich der israelische Ministerpräsident eigenmächtig zum Schutzpatron der Drusen in Syrien erklärt. Als «inakzeptable Provokation» hat der türkische Präsident Erdoğan die Luftschläge Israels bezeichnet. Denn auch er sieht sich seit dem Machtwechsel in Damaskus in der selbstauferlegten Rolle des Schutzherrn der Regierung Al-Sharaa. «Wir werden auf unterschiedliche Weise auf jeden Versuch reagieren, unser Nachbarland in einen neuen Sumpf der Instabilität zu ziehen», fügte Erdoğan noch hinzu. Was Ankara in diesem Fall genau tun könnte, liess der türkische Präsident offen. Sicher ist nur, dass die Stabilität Syriens heute noch fragiler ist denn je.

Amalia van Gent, Journalistin

*Alle Bezeichnungen von ethnischen oder religiösen Gruppen oder Gemeinschaften in diesem Artikel sind grundsätzlich geschlechtsneutral gemeint. Archipel ist der Schreibweise der Autorin gefolgt.

Dieser Artikel wurde am 5. Mai 2025 in Infosperber publiziert und uns von der Autorin zur Verfügung gestellt.

UNGARN / FRANKREICH

Keine Auslieferung nach Ungarn

Ein wegweisendes Urteil ist in Frankreich im sogenannten «Budapest Komplex»¹ ergangen: Der Pariser Berufungsgerichtshof beschloss am 9. April 2025 das Auslieferungsersuchen Ungarns im Fall des Antifaschisten Gino Abazaj abzulehnen.

Es ist der zweite Abschiebestopp im Kontext der europaweiten Verfolgung von Antifaschist:innen, die 2023 gegen den Neonazi-Event «Tag der Ehre» in Budapest protestierten. Die Ablehnung eines Haftbefehls zwischen Ländern in der EU ist in unserem hochgelobten «Raum der Freiheit und des Rechts» eine Seltenheit. Im Fall von Ungarn muss sie allerdings zur Regel werden. Seit dem Ratsbeschluss von 2002 verpflichten sich die Staaten der EU zur weitreichenden Zusammenarbeit in Sachen Auslieferungen. Nach dem «Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung» erfolgen in Fällen «schwerer Straftaten» jährlich tausendfach vereinfachte Abschiebungen auf der Grundlage des «Europäischen Haftbefehls» (EuHB). Doch die

weitgehend automatische Kooperation bedarf strenger Rahmenbedingungen, die Budapest nicht erfüllt.

In Gino Abazajs Fall folgte die Pariser Justiz dem Gerichtshof von Mailand, der vor einem Jahr die Auslieferung des Antifaschisten Gabriele Marchesi nach Budapest abgelehnt hatte. Die Richter:innen stellten damit fest, dass Ungarn gegen zentrale Werte der europäischen Menschenrechtskonvention verstösst. Das Gericht bezweifelt ernsthafte Bemühungen zur «Verhinderung von Folter» und die Erfüllung des Anspruchs auf ein «faïres Verfahren». Untragbare Haft- und Prozessbedingungen im «Budapest-Komplex» wurden zuvor durch Berichte inhaftierter Antifaschist:innen und ihrer Unterstützer:in-

nen belegt. Bilder von Gefangenen, mit Fussfesseln und an einer Leine (wie ein gefährliches Tier) im Gerichtssaal vorgeführt, schockierten die Öffentlichkeit.

Die Diffamierung von Andersdenkenden und die Normalisierung neofaschistischer Agitation ist ein wesentlicher Bestandteil des Diskurses der in Ungarn herrschenden Fidesz-Partei. Jene, die in Budapest jährlich dem Nationalsozialismus huldigen, werden als «unbescholtene Bürger und Bürgerinnen» abgetan und Antifaschist:innen dagegen als «Kriminelle» diskreditiert. Hier wird eine unverschämte Verharmlosung des Nationalsozialismus betrieben und gleichzeitig der Antifaschismus zum Schreckensgespenst aufgebaut, der zum Zweck der internationalen Verfolgung sogar mit «Terrorismus» gleichgesetzt wird. Es findet eine Vorverurteilung statt und der «Europäische Haftbefehl» wird missbraucht. Und auch jenseits des «Budapest-Komplexes» ist Ungarn bemüht, das Recht politisch zu beugen. Das Verbot eines Christopher-Street-Days oder die Absage an die Einhaltung der Statuten des internationalen Strafgerichtshofs sind nur die jüngsten Beispiele dafür. Victor Orbán macht Ungarns Justiz zum Instrument seiner Wahlautokratie.

Es gibt mittlerweile genügend Argumente, um Auslieferungen nach Ungarn nicht zuzustimmen. Doch auch eine Aneignung und Durchführung dieser Verfahren durch andere europäische Gerichte ist mehr als fraglich,

denn es handelt sich um politische Motive, die am Ursprung der Ermittlungen stehen. In den Prozeduren werden europäische Rechtsnormen verkannt. Wenn Ungarn aus den Auseinandersetzungen am Rande des «Tages der Ehre» «versuchten Mord durch eine krimi-

nelle Vereinigung» konstruiert, erscheint das als ähnlich unseriös, wie wenn die Justiz im Fall Ginos noch vor Eröffnung des Verfahrens schreibt: «Herr Abazaj wird seine Haft im Budapester Zentralgefängnis verbüßen».

Mit überschaubarem Erfolg fahnden deut-

sche Behörden in diesem Zusammenhang seit Jahren für Orbáns Justiz, um weitere EU-Haftbefehle zu vollstrecken. Sieben Antifaschist:innen in Deutschland stellten sich im Januar dieses Jahres freiwillig, um der Verfolgung durch Ungarn zu entgehen. Trotzdem müssen sie aktuell eine Abschiebung nach Ungarn befürchten. Doch der Rückbau rechtsstaatlicher Standards und die ohrenbetäubende Hetze der Orbán-Administration gegen soziale Bewegungen sollten auch deutsche Behörden wachrütteln. Die wiederholt belegten systemischen Mängel in der ungarischen Justiz müssen bei künftigen Beschlüssen berücksichtigt werden und lassen nur einen Schluss zu: Freiheit für alle Antifaschist:innen!

Luc Škaille, Radio Dreyeckland

1. Als «Budapest-Komplex» werden die Ereignisse im Februar 2023 rund um den von Neonazis begangenen «Tag der Ehre» in Budapest sowie die darauffolgenden Entwicklungen bezeichnet. Antifaschistischen Aktivist:innen wird vorgeworfen, sie hätten Neonazis tätlich angegriffen. Dies führte zu Fahndungen nach den Beschuldigten in mehreren Ländern Europas und zur – laut dem deutschen Bundesverfassungsgericht – rechtswidrigen aber trotzdem stattgefundenen Auslieferung von Maja T. nach Ungarn. Ihr drohen dort 24 (!) Jahre Haft.



«Blood and Honor» Nazis in Belgrad: Respekt und Unterstützung für diejenigen, die sich Nazis entgegenstellen!

GESTERN – HEUTE – MORGEN

Tag der Befreiung

Am 8. Mai 2025 jährte sich zum 80. Mal die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht und damit das Ende des Zweiten Weltkrieges. Auch in Österreich wird dieser Tag jedes Jahr zelebriert.

In Wien findet jeden 8. Mai das «Fest der Freude» statt. Es geht jedoch nicht nur um Freude, sondern auch darum, die Mittäterschaft nicht zu vergessen und sich der Kontinuität bis in die heutige Zeit bewusst zu sein. Wir dürfen hier einen, dieses Jahr am Heldenplatz verlesenen Text mit dem Titel «Erinnern» von Franz Schuh abdrucken:

«Es gibt einen Einwand gegen das Erinnern, der sogar gut gemeint sein könnte. Der Einwand lautet: Das Erinnern hält gleichzeitig das zu Erinnernde am Leben. Der ungeheure Zivilisationsbruch in der ersten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts liesse sich am besten vergessen. Nur durch Vergessen ist er nicht mehr da. So gut das manche vielleicht meinen, so sehr ist es nichts als Eskapismus, nichts als eine vergebliche Flucht aus der Geschichte. Eskapismus ist allerdings eine mächtige Strategie, mit der in einer hedonistischen Gesell-

schaft vieles auf eingetübte Weise verdrängt wird – also gar nicht zum Verschwinden zu bringen ist. Es gibt auch eine pädagogische Variante des Eskapismus. Sie lautet: Indem man die Erinnerungskultur überbetont, erzeugt man Widerstand gegen ihre guten Absichten. Die unterste Stufe dieser Variante ist, sich über die Belästigung zu beschweren, wenn wieder «davon» die Rede ist.

Ein Heinz Kindermann war im Dritten Reich einer der furchtbarsten Germanisten, ein Nationalsozialist, der die Literaturwissenschaft zur Propaganda der Einheitspartei umfunktioniert hatte. Im Nachkrieg war Heinz Kindermann lange Zeit Leiter des Wiener Instituts für Theaterwissenschaft. Einige seiner Studenten, wenn man sie darauf ansprach, fühlten sich belästigt: Es käme doch nur darauf an, was er heute lehrt, und die Idee war nicht verbreitet, dass das, was

er «heute» lehrt, im Zusammenhang mit dem stehen könnte, wofür er seinerzeit Karriere machte.

Die Kontinuitäten sind das Problem, das Wiederauftauchen alter Chiffren und ihr mehr oder weniger verschleierter Einsatz im politischen Leben. Die Erinnerung hilft dem Verständnis, warum man gegen das kämpfen soll, was nicht aufhört, sich wiederholen zu wollen. Wiederholen – natürlich anders oder «nur» so ähnlich. Zur Zivilisation gehört die Lehre nicht nur für das Kollektiv, sondern gerade für die Einzelnen, was – im Zivilisationsbruch – ein Mensch dem anderen antun kann. ‘Wer denkt, es kann sich nicht wiederholen, der irrt’, sagte Justin Sonder, ein Ausschwitz-Überlebender.»

Franz Schuh,
österreichischer Schriftsteller
und Philosoph

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org